

# Bundesstraße kommt nicht vor 2025

**B 212NEU** Staatssekretär rechnet mit  
Zeitverzögerung und Klagen

Enak Ferlemann nahm Stellung zur B 212neu. UWG-Ratsherr Otto Sackmann fordert, das Projekt zu streichen.

**LEMWERDER/DELMENHORST/  
GANDERKESEE/GBO/ING** – Allerfrühestens 2025 könne mit einem Planfeststellungsverfahren zur B 212neu gerechnet werden. Das sagte Enak Ferlemann (CDU), Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, jetzt bei einem Ortstermin in Harmenhausen (Kreis Wesermarsch). Gemeinsam mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüsch und dem Chef der CDU-Landtagsfraktion, Björn Thümler, schaute sich Ferlemann den Teil der neuen Bundesstraße an, der bereits im Bau ist, und ging dabei auch auf den geplanten Lückenschluss zwischen Harmenhausen und Bremen ein.

Der Bund bremse das Vorhaben nicht, betonte der CDU-Politiker. Es sei wieder in den vordringlichen Bedarf eingestuft worden, die Gelder dafür lägen bereit. Und auch der Verlauf des Lückenschlusses, der wahrscheinlich völlig anbaufrei, also ab Harmenhausen ohne weitere Auf- und Abfahrten, bis nach Bremen

führen soll, sei zumindest bis Sannau unstrittig, versicherte Ferlemann.

Lediglich die Landesstraße 875 nördlich von Delmenhorst stelle noch einen Streitpunkt dar. Das Dialogverfahren und der massive Widerstand aus Delmenhorst gegen die favorisierte Trasse würden zu hohen Zeitverlusten bei der Umsetzung führen, erwartet Ferlemann. Vor 2020 könne nicht mit ersten Vorschlägen zur Genehmigung an das Land Niedersachsen gerechnet werden. Und selbst wenn 2025 das Planverfahren eingeleitet werden könne, müsse man mit Einsprüchen und Klagen rechnen, sagte Ferlemann.

Auf eine Antwort aus dem Bundesverkehrsministerium wartet unterdessen der Ganderkeseer UWG-Ratsherr Otto Sackmann aus Bookholzberg. Schon Anfang August hatte er Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt angeschrieben: Wenn – wie jetzt geplant – die B 212neu in Deichhausen nicht an die L 875 angebunden werde, würde deutlich mehr Verkehr durch Bookholzberg und Grüppenbühren rollen, betonte Sackmann und forderte die Herausnahme des Vorhabens aus dem Bundesverkehrswegeplan.